

Antrag der Fraktion der FDP

Aktuelle Stunde

Parkplatznot und Planungsdesaster: Konsequenzen des Urteils zum aufgesetzten Parken

Begründung der Aktualität:

Am 6. Juni 2024 entschied das Bundesverwaltungsgericht über eine Klage, welche Kommunen auffordert, stärker gegen illegales aufgesetztes Parken vorzugehen. Diese Entscheidung macht die gravierenden Mängel in der Bremer Verkehrs- und Stadtplanung deutlich.

Das Urteil hat erhebliche Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, die auf das Auto angewiesen sind. Die Duldung aufgesetzten Parkens, auch in illegalen Bereichen, war eine gängige Praxis, um den begrenzten Parkraum in den Stadtteilen zu bewältigen. Nun stehen viele vor der Herausforderung, alternative Parklösungen zu finden. Besonders für Familien und Berufstätige, die täglich auf ihr Auto angewiesen sind, kann dies eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebensqualität und Einschränkung der Mobilität zur Folge haben. Durch steigende PKW-Zulassungszahlen und den kontinuierlichen Wegfall von legalen Parkplätzen durch die Verkehrspolitik der Regierungskoalition wird das Problem des knappen Parkraums an vielen Stellen noch prekärer.

Die FDP-Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf, die Konsequenzen dieses Urteils zu diskutieren und nachhaltige Lösungen für die Bremer Verkehrspolitik zu erarbeiten. Der Bremer Senat muss jetzt tragfähige Konzepte präsentieren, die den städtischen Verkehrsraum entlasten und den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Fynn Voigt, Thore Schäck und die Fraktion der FDP